



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 167 Anfrage Engler Pia und Mit. über die ambulante psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Pia Engler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Pia Engler: Ich danke für die Beantwortung der Fragen. Die ambulante psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Luzern wird vom Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) geleistet. Der hohe Bedarf an Therapien kann schon seit Jahren nicht mehr gedeckt werden. Kinder und Jugendliche, die schwere Krisen durchleben, nehmen das Angebot des KJPD in Anspruch. Die Gründe können Missbrauch, die Scheidung der Eltern, Mobbing, Verhaltensauffälligkeiten in der Schule oder eine psychische Erkrankung sein, welche die Lebensqualität massiv beeinträchtigen. Die Einschätzung, dass die lange Wartezeit von bis zu drei Monaten nicht problematisch sei, wird von der Praxis nicht geteilt. Drei Monate sind für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Eltern eine Ewigkeit und fast nicht auszuhalten. Zudem vergeht bis zu einer definitiven Anmeldung oft schon Zeit, während der das Problem bereits besteht. Die Probleme drohen sich dann zu manifestieren und zu chronifizieren. Dies ist schlecht für die Betroffenen und schlecht für den Behandlungsprozess. Dieser kann sich dadurch verlängern und erschweren und auch eine stationäre Behandlung notwendig machen. Im Kanton Luzern kann die Nachfrage nach langfristigen Therapieplätzen nicht abgedeckt werden. Der Kanton hat es auch verpasst, den Engpass zu mildern, indem er eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Heilpädagogik (IHP) ablehnte. Das Institut hat über Jahre hervorragende Arbeit geleistet und ergänzend zum KJPD Kinder therapiert und Familien beraten und begleitet. Es wurden regelmässig Fälle von der Opferberatung, von Beiständen und anderen Fachstellen dorthin verwiesen. Dies war eine wichtige Ergänzung und Entlastung des KJPD. Leider schloss das IHP die Türen per August 2019, weil die Betriebskosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Eine Anfrage beim Kanton um Unterstützung wurde abgelehnt. Offenbar fehlen dem KJPD zudem die Ressourcen, die Beratung von Fach- und Bezugspersonen adäquat abzudecken, welche ebenfalls einem dringenden Bedürfnis entspricht. Darum ist es dringend notwendig, dass die Themen im Rahmen der zurzeit laufenden Psychiatrieplanung analysiert werden und konkrete Massnahmen zur Behebung des Missstandes ergriffen werden können.

Angelina Spörri: Nach der Schliessung des Instituts für Heilpädagogik Ende August 2019 haben die Anmeldungen beim KJPD um 5 Prozent zugenommen. Dies hört sich so isoliert vielleicht machbar an, nur waren die Anmeldefristen schon vorher oft sehr lange, und nach Angaben des Regierungsrates muss aktuell mit einer durchschnittlichen Wartezeit von drei Monaten gerechnet werden. Drei Monate sind aus unserer Sicht zu lange. In dieser Zeit passiert viel nicht nur mit dem psychisch belasteten Kind oder Jugendlichen, sondern auch mit Angehörigen und Betreuungspersonen. Dies ist Zeit, welche verloren geht, um

eventuellen Chronifizierungen vorzubeugen, und Zeit, in der die Betroffenen schulisch und auch sozial nicht die nötige Unterstützung erhalten. Der KJPD ist ein wichtiger Anbieter von therapeutischen Behandlungen, auch für langfristige Therapien; dies auch, weil Luzern im schweizweiten Vergleich eine äusserst geringe Anzahl niedergelassener Kinderpsychiaterinnen und -psychiater sowie Kinderpsychotherapeutinnen und -therapeuten aufweist. Hier stellt sich schon die Frage, wieso es im Kanton Luzern in diesem Fachbereich einen solchen Mangel gibt und was der Regierungsrat dagegen zu unternehmen gedenkt. Die im November eröffnete Akut- und Intensivstation für Kinder und Jugendliche verbessert das Angebot für stationäre Behandlungen, was die GLP sehr begrüsst. Wir hoffen, dass die Problematik erkannt wurde und in der zurzeit laufenden Psychiatrieplanung angemessen berücksichtigt wird. Aus Sicht der GLP besteht auf jeden Fall Handlungsbedarf.

Helen Schurtenberger: Das IHP wurde geschlossen, die Nachfrage beim KJPD hat sich um 5 Prozent erhöht, und die Regierung geht davon aus, dass es wahrscheinlich eine weitere Erhöhung geben wird. Die Antworten auf die Frage, ob es Wartezeiten gibt und wie sich diese auswirken, sind sehr speziell. Die Regierung schreibt, dass es durchschnittlich eine Wartezeit von drei Monaten gebe. Weiter führt sie aus, dass die Wartezeiten nicht als problematisch wahrgenommen werden, und umgekehrt könne die Wartezeit auch zu einer Reorganisation des schulischen und familiären Systems führen und positive Folgen für die Gesamtsituation haben. Diese Antworten sind unseres Erachtens völlig aus der Luft gegriffen. Kinder und Jugendliche werden nicht wegen einer Erkältung beim KJPD angemeldet; meist liegt ein langer Weg mit verschiedensten Problematiken vor, bevor man sich dazu entschliesst. Die Eltern müssen mit einer Anmeldung immer einverstanden sein, und ich weiss auch, dass sich Eltern sehr schwer tun und lange überlegen, bevor sie ein Kind beim KJPD anmelden. Die Praxis zeigt auch, dass die Anzahl Kinder, welche eine Problematik aufweisen, stark zunimmt, und dies nicht weil die Schulen die Problematiken nicht mehr handhaben können. Unsere heutige Gesellschaft überfordert unsere Kinder, und oft stammen diese Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen. Es zeigt sich auch, dass viele Kinder und Jugendliche, welche eine lange Flucht hinter sich haben, traumatisiert sind und mit dem Leben nicht mehr zurechtkommen. Das IHP war eine zentrale Anlaufstelle für Kinder bis sechs Jahre. Sowohl die räumlichen Gegebenheiten als auch die angebotenen Therapien waren speziell auf Kleinkinder ausgerichtet. Es besteht weiterhin Bedarf für traumatisierte Kleinkinder, für Kinder mit Bindestörungen und für den Aufbau und die Begleitung von Elternkontakten von fremdplatzierten Kindern mit psychisch kranken Eltern. Es gilt noch einigen Punkten Rechnung zu tragen. Die FDP begrüsst es, dass die Regierung das Thema im Zusammenhang mit der Psychiatrieplanung aufnimmt. Wir werden ein besonderes Auge darauf richten, ob diese Problematik aufgenommen wird.

Gerda Jung: In dieser Anfrage wurde ein wichtiges Thema aufgenommen in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung, der jetzigen Herausforderungen und des Gesamtangebotes in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Luzern. Es ist sehr wichtig, dass möglichst früh, direkt und mit den entsprechenden Kompetenzen Menschen mit Schwierigkeiten erkannt, erfasst und unterstützt werden können. Dies bietet den Betroffenen und deren Umfeld eine bessere, tragbarere Lebensqualität, eine wichtige Grundlage, um als junger Mensch in unserer Gesellschaft gesund zu leben. Es wird aufgezeigt, dass der KJPD Zunahmen verzeichnet und dass man die Entwicklungen beobachtet und weitere Triageangebote geschaffen werden müssen. Die von uns aufgegebenen Psychiatrieplanung wird uns Klarheit verschaffen, welche Massnahmen begleitende, betreuende, ambulante und stationäre Angebote schaffen oder ergänzen. Ich appelliere an alle, die Herausforderungen anzugehen und die nötigen Massnahmen zu gegebener Zeit zu unterstützen.

Hannes Koch: Die G/JG-Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der Anfrage. Die Antworten zeigen auf, dass das psychiatrische Angebot im Kanton Luzern vorhanden ist und funktioniert. Sie zeigen aber auch auf, dass Handlungsbedarf besteht, zum Beispiel in Bezug auf die Wartezeiten. Diese wurden heute schon mehrmals erwähnt. Die Wartezeit dauert durchschnittlich drei Monate, und dies bedeutet, dass einige viel schneller einen Termin erhalten, andere aber noch viel länger warten müssen. Auf jeden Fall ist diese

Wartezeit aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen viel zu lang und führt zu weiteren Problemen. Handlungsbedarf besteht auch bei der Rekrutierung von Fachpersonal und bei langfristigen Therapien. Die Regierung hat das Problem erkannt und will Massnahmen einleiten. Das begrüßen wir sehr. Die Regierung stützt sich dabei aber vor allem auf die Psychiatrieplanung. Diese als Basis für die Problemlösung zu nehmen, ist sicher nicht falsch, die Psychiatrieplanung ist aber ein langer Prozess und soll längerfristige Ziele festlegen. Sie hat durch Corona eine Verzögerung erlebt und braucht deshalb bis zum Abschluss noch mehr Zeit. Zudem geht die Psychiatrieplanung nicht in die für diese Fragestellung benötigte Tiefe, und die psychiatrische Versorgung sollte auch kurzfristig verbessert werden. Die G/JG-Fraktion ist der Meinung, dass neben der Psychiatrieplanung auch die langen Wartezeiten und die Erfüllung der lange dauernden Therapien möglichst schnell angegangen werden sollten. Wir bitten den Regierungsrat, sich jetzt diesen Themen zu widmen, ohne die Psychiatrieplanung zu vernachlässigen.

Jasmin Ursprung: In der Beantwortung der Anfrage Anfang Februar wird klar darauf hingewiesen, dass die Anmeldungen bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie zugenommen haben. Die Corona-Krise hat diese Problematik noch verschärft. Die Fallzahlen der Jugendlichen mit Depressionen, Angstzuständen oder Aggressionen haben wesentlich zugenommen. Viele Jugendliche haben ihre Tagesstruktur oder ihre sozialen Kontakte verloren. Auch wenn die Schulen nun wieder offen sind, hat dies Nachwirkungen. Es ist aber auch Fakt, dass es einfach viel zu wenig Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater gibt. Die SVP würde es deshalb sehr begrüßen, wenn wir vom Regierungsrat mehr über die laufende Psychiatrieplanung erfahren würden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wenn immer möglich findet eine Behandlung ambulant statt, nur wenn es unbedingt notwendig ist stationär. Jeder Fall wird individuell erfasst und zugewiesen. Nottfälle werden sofort behandelt, bei weniger akuten Fällen kommt es zu Wartezeiten, und diese sind zu lang. Mit der Eröffnung der Akut- und Intensivstation im Hirschpark-Gebäude beim Luzerner Kantonsspital konnte das Angebot der stationären Plätze wirklich verbessert werden. Problematisch ist die geringe Anzahl an Kinder- und Jugendpsychiatern und der Bedarf an Beratung von Schulen und Jugendanwaltschaft. Dies ist kein reines Luzerner Problem, es ist ein schweizerisches Problem. Der Grund liegt in der Entschädigung. Allein können wir dieses Problem nicht lösen, auch nicht mit der Psychiatrieplanung. Ich freue mich, dass hier alle Fraktionen zusammen an einem Strang ziehen, und ich hoffe, dass Sie mich bei der Lösung des Problems mit der Bewilligung zusätzlicher Mittel unterstützen werden.